

Erste Seite des Tages mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis

vierteljährlich 2,70 Mark, including postage by air

Einzelhefte

30 Pf. die Portofree, für Abonnenten 25 Pf., werden bis 1.10 Uhr am nächsten Morgen abends zuvor oder bis 6 Uhr nachmittags erbeten.

Rösliner Zeitung

Allgemeines Pommerisches Volksblatt

Anzeigen nehmen an

andere Geschäftsstelle in Köslin, Poststraße 8 (Fernsprecher Nr. 11, Telegramm-Adresse: Hende-Röslin), E. Burrows in Danzig, A. Heuer in Polnow, außerdem alle Annoncenexpeditionen.

Die Geschäftsstelle der Rösliner Zeitung vermittelt Anzeigen für alle Zeitungen des In- und Auslandes ohne Preisauflage. Für telephonisch angegebene Anzeigen kann Gewähr für fehlerlose Aufnahme nicht übernommen werden.

Deutsche Politik.

Graf Brockdorff-Rantzau, früherer Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, hat seine ersten amtlichen Notizen herausgegeben, eine, die über das Verhalten der Franzosen im Elsaß-Lothringen führt, und eine zweite als Antwort auf die Note des Finanzkommissars der Alliierten, die bei den in Rom über die Anwendung des Artikels XIX des Waffenstillstandes stattgehabten Verhandlungen übergeben wurde...

fabrikanten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Auch die Rückzahlung von Krediten, welche Private im Ausland aufgenommen haben, soll genehmigungspflichtig sein. Desgleichen soll von der Zustimmung des Finanzkommissars abhängig sein, ob deutsche Beamte im Ausland Funktionen ausüben können. Die von der Reichsbank zu bewilligenden Devisen sollen jeden Tag dem Finanzkommissar vorgelegt werden. Es werden genaueste Inventare und Verzeichnisse über alle nur irgendwichtigen Materien verlangt.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Bedrohung auch im Osten.

London, 14. Januar. Eine amtliche britische Veröffentlichung teilt mit: Die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen traten als Oberster Kriegsrat von neuem im Palais d'Orsay zusammen und legten die Bedingungen, unter welchen der Waffenstillstand mit Deutschland verlängert werden soll, fest. Unter den festgesetzten Punkten befinden sich die Fragen bezüglich der Uebergabe der deutschen Schiffe und der deutschen, bisher noch im Bau oder Reparatur befindlichen Unterseeboote, die Vollendung der Uebergabe des Eisenbahn- und Transportmaterials und der aus den alliierten Gebieten mitgenommenen Maschinen. Es wurde beschlossen, das die erste formelle Sitzung der internationalen Vorparlamentskonferenz am nächsten Sonntag stattfinden soll.

Haag, 14. Januar. In der Sitzung des verhandelnden Rates am Sonntag wurde beschlossen, als amtliche Sprache der Friedenskonferenz die französische zu wählen. Kurz vor Beginn verlas Foch seinen Bericht über die Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstandes. Daraus ging hervor, daß Deutschland die Bedingungen der Auslieferung fast vollständig erfüllt habe, in Bezug auf Ablieferung des Eisenbahnmaterials und der Lokomotiven dagegen nicht. Die Zahl der ausgelieferten Gefangenen befriedigte, nicht aber ihr Zustand. Für die Verlängerung des Waffenstillstandes müßten neue Bedingungen aufgestellt werden, da Deutschland in der Erfüllung der bisherigen Bedingungen keine rechtliche Haltung eingenommen (I) habe. Als Gegenleistung für die ausgestellten Forderungen wird der Verband die Lieferung von Nahrungsmitteln in Erwägung ziehen. Die Tatsache, daß der französische Marineminister den Beratungen beizuhören, veranlaßte zu der Annahme, daß die Konferenz sich auch damit beschäftigen wird, in welcher Weise die deutsche Kauffahrteiflotte am besten verwendet werden könnte, deren Auslieferung beschleunigt werden soll. Zu diesem Zweck sollen verschiedene Häfen besetzt werden. Weiter bildete Gegenstand der Beratungen, wie die Verbündeten den Feindseligkeiten zwischen den Deutschen und Polen am besten ein Ende machen könnten. Es sei notwendig, eine Liste festzusetzen, bis zu welcher die Polen vorgehen könnten, (II) ohne auf den Widerstand deutscher Streitkräfte zu stoßen. Die Sicherstellung ihrer Landgrenzen (I) sei um so notwendiger, als sie der bolschewistischen Gefahr und den Angriffen der Ukrainer im Osten Widerstand leisten müßten. Die Verbündeten sind damit beschäftigt, das Heer im Gouvernement Warschau zu verstärken, und zwar durch polnische Truppen, die gegenwärtig in Frankreich und anderswo stehen. Diese Truppen erhalten Offiziere und werden mit Munition und Lebensmitteln versehen, womöglich auch mit Verpfändungen. Bei der Erneuerung des Waffenstillstandes wird man von den Deutschen verlangen, daß sie weder mittelbar noch unmittelbar den Bolschewismus begünstigen.

Gebietsansprüche des Verbandes.

Basel, 14. Januar. Der 'Matin' stellt die wichtigsten territorialen Forderungen auf, die der Friedenskonferenz unterbreitet werden. Es werden territoriale Änderungen verlangt werden auf Grund des Nationalitätenprinzips oder in Hinblick der Sicherheit oder zuletzt in Ausführung der Versprechungen, die in Verhandlungen während des Krieges gemacht wurden. Diese Versprechungen werden übrigens ohne Zweifel einer Nachprüfung unterzogen werden, da sie von den Vereinigten Staaten nicht unterzeichnet wurden. Das Nationalitätenargument ist entgegen der Diskussion unterworfen, (I) je nach dem Wert der angeführten Statistiken; das

strategische Argument ist bedeutender, je nachdem es auch dem Schutz gegen eine befreundete oder eine feindliche Nation gilt.

Belgien verlangt Limburg und freie Bewegung auf der Schelde. Frankreich verlangt Elsaß-Lothringen als ihm gehörig, ferner warscheinlich Garantien gegen einen Ueberfall. Es wird auch seine territorialen Rechte und Interessen in Syrien verteidigen. Großbritannien stellt außer seinen Kolonien die Forderung auf, daß man die afrikanischen Kolonien mit Indien vermittelst eines Protektorates, zusammengesetzt aus arabischen Gebieten, die damit einverstanden sind, verbindet. Italien verlangt außer dem Trentino und Istrien, gemäß den Versprechungen, die Abtretung eines ziemlich ausgedehnten Teiles an der Ostküste des Adriatischen Meeres. Hier stößt man mit den Ansprüchen der Südslawen zusammen. Italien beruft sich auf den Mangel von Häfen an seiner Küste im Adriatischen Meere und die nötigen Sicherungen. Es beruft sich auch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und behauptet, daß die Mehrheit der Bevölkerung der von ihm beanspruchten Gebiete italienischer Nationalität sei. Die Südslawen bedienen sich der gleichen Argumente. Dieses Problem gilt als ernstliches Hindernis. Die Diplomaten werden versuchen, es durch ein Kompromiß zu lösen. Die Serben werden Kroatien und Slavonien gewinnen. Nur die Frage der Ausdehnung in das Adriatische Meer ist für die Verwirklichung dieser Pläne ein Hindernis. Rußland wird durch das Nationalitätenprinzip Beharabien, Siebenbürgen und die Bukowina erhalten. Den einzigen Widerstand wird es bei der Aufteilung des Banats finden, da die Serben den Teil, der Belgrad gegenüberliegt, als natürliche Grenze Serbiens beanspruchen. Die Griechen verlangen Nord-Epirus, einen Teil von Thrazien, einen Teil des Wilajets von Konstantinopel und das Wilajet von Smyrna, verschiedene türkische Gebiete in Asien und die Inseln im Ägäischen Meer. Für Konstantinopel ist eine internationale Regie in Aussicht genommen. Für die lybischen Gebiete, die sich unter türkischer Herrschaft befinden, sind die Statuten noch nicht festgesetzt. Hinsichtlich der von den Tschecho-Slowaken und Armeniern gemachten territorialen Ansprüche wird sich die Konferenz auf das Nationalitätenprinzip stützen. Die schleswigsche Frage wird gemäß den Ansichten dieser Provinz geregelt werden. Die Vereinigten Staaten, die nichts für sich beanspruchen, werden in vielen Fällen als Schiedsrichter dienen.

Berlin, 14. Jan. In der Frage der Grenzbestimmung meint der 'Tempo', daß zuerst die östliche Grenze Deutschlands abgesteckt werden solle, dann erst werde man zu der kapitalen Frage, der deutsch-französischen, übergehen. Hier werde dann Frankreich die Grenze von 1814 verlangen, also auch das Saarbecken, das durch den Wiener Kongreß Frankreich zuerkannt und erst im Pariser Frieden von 1815 zu Preußen geschlagen wurde.

Vorschläge für die Friedenskonferenz.

Haag, 14. Januar. Aus Paris wird gemeldet: Das Blatt 'Eclair' interviewte Bourgeois. Dieser jagte, daß er in Uebereinstimmung mit Clemenceau folgende Vorschläge machen werde.

- 1) Vor Eröffnung der Friedensverhandlungen werden die alliierten Nationen die feierliche Erklärung abgeben, daß sie die Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit als Grundlage des Völkervertrages annehmen und daß sie sich verpflichten, dies sofort und auch später untereinander zu berücksichtigen.
2) Die alliierten Nationen werden in den Friedensvertrag das Schiedsgericht und die Beschränkung der Rüstungen aufnehmen und sich allen daraus hervorgehenden Verpflichtungen unterwerfen.
3) Nach Unterzeichnung des Friedensabkommens wird eine Weltkonferenz zusammentreten, damit nach Prüfung die Ansprüche und Garantien, welche die anderen nicht zur Entente gehörenden Staaten gestellt haben, genehmigt werden können.
4) Nur verhandlungsfähige Nationen, deren Regierungen aus einer gesunden und kräftigen Basis begründet sind, können als Mitglieder des Völkervertrages zugelassen werden.
5) Die durch den Völkervertrag etwa vorzunehmenden Bestrafungen werden friedlichen Charakter haben und hauptsächlich diplomatischer und juristischer Natur sein. Die Staaten, die sich gegen den Völkervertrag auflehnen, würden in eine unehrliche Lage kommen, da dann durch die vom Völkervertrag zu ergreifenden Maßnahmen diesen Staaten die Lieferung von Rohmaterialien vorenthalten würde. Sie würden vom Weltmarkt und vom Handel zu Lande und zur See durch eine wirksame Blockade ausgeschlossen werden.

Genf, 15. Januar. Der 'Matin' meldet: In der Montagssitzung der Friedenskonferenz hat Wilson seine Ansichten über die Organisation der Friedenskonferenz dargelegt. Wilsons Standpunkt wird wahrscheinlich angenommen werden. Wie verlautet, soll bei der Verlängerung des Waffenstillstandes die Entente die Ueberführung des Geldbestandes der Reichsbank nach Frankfurt a. M. verlangen.

Düsseldorf nicht besetzt.

Röln, 14. Jan. Die Meldung von der Besetzung Düsseldorfs durch die Engländer bestätigt sich nicht. Es handelt sich lediglich um ein Mißverständnis. Eine Gruppe englischer Soldaten hatte sich mit Genehmigung der Behörden nach Düsseldorf begeben, um sich aus der Ulanenkaserne Essen zu holen.

Deutschland bekommt keinen Kredit?

Amsterdam, 14. Januar. Wie mitgeteilt wird, sind die Handelsbanken unter keinen Umständen bereit, Deutschland neuen Kredit einzuräumen. Jeder Versuch, Kredit zu erhalten, sei vergeblich, da eine Ablehnung sicher ist. Die Schulden Deutschlands an die neutralen Länder werden mit 5 Milliarden Mark angegeben. Nur eine feste Regierung und das Hervortreten eines anderen Geistes könne die herrschende pessimistische Stimmung ändern.

Forderung der Besetzung Deutschlands.

Amsterdam, 14. Januar. Garwin schreibt im 'Observer' über die deutsche Frage u. a., daß Hunger und Arbeitslosigkeit in Deutschland einen guten Nährboden für den Bolschewismus bilden und die Bildung einer festen Regierung immer wichtiger hinausdrängen. Aus diesem Grunde sei

es Deutschland auch unmöglich gemacht, für den Augenblick an der Regelung der verschiedenen, durch die Kriegsbeendigung geschaffenen Fragen teilzunehmen. Könnte Deutschland sich keine dauerhafte Regierung schaffen, dann müßten die Alliierten das Deutsche Reich besetzen und seine Verwaltung in ihre Hände nehmen. Die Alliierten müßten entweder mit einem geringen Teil der zu fordernden Entschädigung zufrieden sein, oder sie müßten die Blockade bedeutend einschränken.

Die Anschläge gegen den Erzkaiser.

Amsterdam, 14. Januar. Das 'Handelsblad' meldet: Die Untersuchungen hinsichtlich der in Amerongen anwesenden geheimnisvollen Personen und ihre Anschläge vom 5. Januar im Schloß von Amerongen dauern noch fort. Der Wachdienst im Schloß ist bedeutend verstärkt, die Wachposten sind seitdem verdoppelt worden. Im ganzen Schloß herrscht stark erregte Stimmung. Vor allem das Erzkaiserpaar, das sich auf alle Eventualitäten vorbereitet, steht tief unter dem Eindruck des Vorgeschehenen. Der Kaiser geht viel erregt im Zimmer auf und ab; auch die Erzkaiserin ist oft stark erregt und kann keine Nahrung zu sich nehmen. Sie bleibt außerhalb der unmittelbaren Nähe des Kaisers. Man befürchtet eine Wiederholung der Vorfälle vom 5. Januar. Auch die große Hof-Familie und das Schloßpersonal ist beunruhigt. Am Sonntag morgen a. H. zog ein Flieger, der sich in sehr großer Höhe bewegte, etwa eine halbe Stunde lang um das Schloß herum. Aus diesem Anlaß hat die Schloßbesatzung erneut große Beunruhigung erlitten. Man nimmt an, daß dieser Besuch wieder im Zusammenhang mit kommenden Ereignissen steht.

Amsterdam, 14. Januar. Der Pariser Korrespondent der 'National News' meldet, daß der französische Generalstab auf der Friedenskonferenz die Forderung stellen würde, daß der Kaiser, der Kronprinz und sämtliche männliche Mitglieder der deutschen kaiserlichen Familie lebenslänglich nach Algier verbannt werden sollten.

Milderung der Seesperrung für Deutschland.

Hamburg, 14. Januar. Eine Milderung der Seesperrung gegen Deutschland ist insofern eingetreten, als norwegische Schiffe nach deutschen Häfen Geleitschiffe erhalten. Darauf ist das erste norwegische Schiff unter Geleitschein, der Dampfer 'Triumph' mit einer Ladung von Heringen und Fischzeugnissen von Stavanger im Hamburger Hafen angekommen. Norwegen hat jetzt um Geleitschiffe nachgefragt, um von Deutschland Salzladungen für Norwegen zu erhalten.

Die Polen.

Bromberg, 15. Januar. Ueber die Belagerung und den Anmarsch der Polen in der Umgebung Brombergs sind in den auswärtigen Zeitungen in jüngerer Zeit verschiedentlich Nachrichten aufgetaucht, die keineswegs ein gezieltes Bild der Lage geben. Ein großer Teil der Zeitungsmeldungen hat sich nach genauer Nachprüfung als übertrieben erwiesen. Es besteht sich, wie die Telegraphen-Union aus zuverlässiger Quelle erfährt, die Nachricht, daß sich polnische Legionäre gegen Bromberg bis auf vier Kilometer näherten, nicht. Die Polen haben auf der Strecke Bromberg-Hohensalka nur die Stadt Wildenhäusen besetzt. Ferner haben sie den Bahnhofsbezirk Bromberg-Thorn unterbrochen. Dagegen ist die Strecke Bromberg-Berlin frei. Die Lage in der Stadt selbst favor im allgemeinen als ruhig bezeichnet werden. Bolschewistische Elemente, die sich hier und da bemerkbar machen, haben noch keine Gelegenheit gehabt, ihre spartakistischen Grundsätze in die Praxis umzusetzen.

Der Grenzschutz im Osten.

Bromberg, 14. Januar. Bromberger Zeitungen melden aus Berlin, daß Feldmarschall v. Hindenburg in den nächsten Tagen das Kommando über den gesamten Grenzschutz übernehmen wird. Am 11. Januar hat in Bromberg beim Regierungspräsidenten eine Besprechung über die militärische Lage im Bezirk Bromberg stattgefunden, an der auch ein Vertreter der Obersten Heeresleitung teilgenommen hat. In Lissa ist das Standrecht verhängt worden, ebenso in Glogau.

Der Belagerungszustand in Oberschlesien.

Kattowitz, 14. Januar. Gestern ist der Belagerungszustand über fünf Kreise des Bezirks Kattowitz erlassen. Von heute, Dienstag, ab ist auch über Kreis und Stadt Kattowitz der Belagerungszustand erklärt worden.

Seine Abreise Hindenburgs von Wilhelmshöhe.

Kassel, 14. Januar. Das Große Hauptquartier in Wilhelmshöhe ließ einem Vertreter der 'Röln. Ztg.' in Kassel gegenüber alleu Meldungen, daß Hindenburg von Wilhelmshöhe abgereist sei, als un wahr erklären. Sämtliche Meldungen über spartakistische Umtriebe oder gar verlassene Attentate gegen das Große Hauptquartier sind völlig erfunden. Generalfeldmarschall v. Hindenburg ist in den letzten Tagen nicht in Berlin gewesen und wird Wilhelmshöhe auch nicht vor Ablauf dieses Monats verlassen, da Anfang Februar die Ueberleitung des Großen Hauptquartiers an das Kriegaministerium in Berlin vor sich gehen wird.

Dienststellung der Brandenburger Offiziere.

Brandenburg, 15. Januar. Die Offiziere und militärischen Beamten der hiesigen Garnison haben den Beschluß gefaßt, den Dienst einzustellen, falls von den Soldatenräten auch weiterhin Offiziere von ihren Stellen entlassen werden, unter Umgehung der nach der Revolution gegebenen Bestimmungen. Der Beschluß gab die Tatsache, daß am 13. Januar die Offiziere des Feld-

Die Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau im Auszug.

Die erste Note des Grafen von Brockdorff-Rantzau sagt zunächst, daß die französische Regierung Elsaß-Lothringen gegenüber vom ersten Tage der Besetzung an eine besondere Haltung eingenommen habe. Sie habe einen politischen Ausrottungskampf gegen alles erlitten, was deutsch ist, deutsch denkt und deutsch fühlt. Bei der Ausweisung zahlreicher Einwohner des Landes handele es sich um systematische Massenverweigerung. Die Note erwähnt die Verhaftungen Elsaß-Lothringischer Bürger und betont, daß all diese Maßnahmen gegen den Wortlaut des Artikels VI des Waffenstillstandsvertrages und die ausdrücklichen Zusicherungen Clemenceaus vom 17. November verstoßen. Weiter spricht die Note von den Kämpfen gegen die Deutsche in den Schulen Elsaß-Lothringens, von den Eingriffen in die kirchlichen Angelegenheiten des Elsaß-Lothringischen Volkes, von der Vordrängung des französischen Elements in den größeren industriellen Unternehmungen des Landes, die die Zwangsliquidation deutscher Werke in die Wege leitete.

'Endlich', heißt es weiter in der Note, 'verfücht die französische Regierung, die Grenzen Elsaß-Lothringens dadurch zu erweitern, daß sie von Beginn der Besetzung ab an der Nordgrenze des Landes eine neue, durchaus willkürliche Freilegung getroffen hat, die den Eindruck erwecken muß, als ob Teile der preußischen Rheinprovinz, insbesondere das Saarbecken, zu Elsaß-Lothringen gehörten. Diese Gebiete sind niemals Teile Elsaß-Lothringens gewesen. Der feierliche Protest der deutschen Regierung vom 21. November 1918 gegen die Grenzfestsetzung ist bisher gänzlich unberücksichtigt geblieben. Auch an der Ostgrenze des Landes scheint die französische Regierung die klare, in Verträgen verbriepte alte Grenzschiede verwischt zu wollen, indem sie ihre Okkupationsstruppen an den Rheinübergängen nicht nur bis zum Talweg des Rheines, sondern bis zum Ostufer des Rheines vorgeschoben hat.'

Aus allen die in Maßnahmen gehe hervor, daß die französische Regierung die Absicht habe, die überwiegend deutsche Bevölkerung Elsaß-Lothringens zwangsweise und so gründlich wie möglich zu französisieren. Die französische Regierung scheint sich auf den Standpunkt zu stellen, als ob die Loslösung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reich eine vollzogene Tatsache sei. Die deutsche Regierung lege dagegen feierlichst Verwahrung ein.

In seiner zweiten Note beschäftigt sich Graf Brockdorff-Rantzau mit Deutschlands finanzieller Bedrohung. Die Note wurde den Vertretern der Entente in Spa durch die deutsche Waffenstillstandskommission überreicht und bezieht sich auf die in Mainz übergebene Note des Finanzkommissars der Alliierten, die das Höchstmäß dessen darstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist. Diese Forderungen der Entente könnten nur dazu dienen, eine finanzielle Klauselei Deutschlands der Entente gegenüber zu realisieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium in Deutschland herbeigeführt. Es wird, um einige Beispiele anzuführen, jeder Ausgang fremder Werte in das Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht; es wird im Gegenzug zu den feineren in Erier ausgedrückt gemachten Zusicherungen erklärt, daß die Genehmigung auch insoweit erforderlich sei, als ein deutsches Verfügungsverbot nicht bestehe. Der Umfang der Klatur von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertig-

Der Zentrumsverein Köslin öffentliche Frauenversammlung,
 veranstaltet am Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr im großen Saale bei Lüdthe eine
 in der Herr Dr. Piontek über das Thema: **Die Schule ohne Religion** sprechen wird.

Alle christlichen Frauen aus Stadt und Land ohne Unterschied der Parteirichtung sind hierzu geladen. Freie Aussprache. Um möglichst vielen Frauen den Zutritt zu ermöglichen, sind Männer ausgeschlossen.
Der Vorstand.
 Dr. Piontek. Felix Wolff. Schroeter. Heilig.

Deutsche Volkspartei.

Unser Stimmzettel hat an der Spitze den Namen:

Dr. Fritz Mittelmann.

Nationalliberaler Verein Köslin.

Sachse, Justizrat. Reinsfeld, Bauernhofbesitzer. Hübner, Steuerinspektor. Schäfer, Fabrikbesitzer.

Konzertagentur Otto Grünthal - Köslin. Konzert Földesy.

Infolge eines Verfehlers der Bahnverwaltung ist das kostbare, 100 000 Mark Wert repräsentierende Stradivari-Cello des Herrn Földesy nicht zur Stelle gewesen. Da das Instrument nunmehr da ist, wird das Konzert nachgeholt. Die Künstler kommen am Donnerstag mittag aus Stolp zurück und findet das Konzert statt!

Donnerstag, d. 16. Januar, nachmittags pünktlich 5 Uhr.

Die goldenen Karten behalten auch ohne den abgetrennten Kontrollstreifen ihre Gültigkeit. Neue Eintrittskarten werden weiter im Vorkauf bei Otto Grünthal und an der Abendkasse verabfolgt.

Am Sonnabend, d. 18. d. Mts., abends 7 Uhr findet im Lokale Krause, Kaisergarten

eine Zusammenkunft der Kriegsbeschädigten

zwecks Gründung eines Vereins statt.

Sämtliche Kriegsbeschädigten sind herzlich willkommen.

Verband der Büroangestellten Deutschlands.

Versammlung

am Donnerstag, den 16. Januar er., 8 Uhr abends bei Lüdthe, kleiner Saal.

Sämtliche Mitglieder und alle, die es werden wollen, werden gebeten, an dieser Versammlung zu erscheinen.

Tagesordnung:

1. Gründung der Ortsgruppe.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Festlegung des lokalen Beitragszuschlages.
5. Einzahlung der Monatsbeiträge.
6. Verschiedenes.

J. A. Schwarz.

Zentrumsverein Köslin.

Auf die Rundfrage des Gemeindefkirchenrats der hiesigen St. Marienkirche an die politischen Vereine hat der Zentrumsverein Köslin in seiner Sitzung vom 8. 1. 1919 folgende Antwort erteilt:

Wir lehnen die Trennung von Kirche und Staat grundsätzlich ab, erblicken vielmehr das Heil im einträchtigen Zusammenwirken beider Gewalten. Wir bekämpfen daher die Trennungsvorläufe und werden sie bekämpfen — nicht nur im Interesse der Kirche, sondern auch des Staates. Wenn trotzdem die Trennung erfolgen sollte, so werden wir weiter kämpfen, um sie wieder zu beseitigen. Im einzelnen erheben wir folgende Forderungen:

1. Der Religionsunterricht muß in allen Schulen — die Vorbereitungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen eingeschlossen — erhalten bleiben, und zwar als Pflichtfach, nicht bloß als Wahlfach.
2. Die Schulen müssen konfessionell sein, auch wenn die Einheitschule eingeführt werden sollte.
3. Die theologischen Fakultäten an unseren Universitäten müssen bestehen bleiben.
4. Der Eid muß seine religiöse Form behalten. Die Kreuzförmigen dürfen aus unseren Gerichtssälen nicht entfernt werden.
5. Die Militär- und Anstaltsseelsorge ist in vollem Umfange aufrecht zu erhalten.
6. Der Staat hat seine finanziellen Verbindlichkeiten gegen die Kirche weiter zu erfüllen. Will er es nicht mehr in Form regelmäßiger Zahlungen tun, so hat er alle der Kirche entnommenen Werte wiederzugeben.
7. Für den Fall der bis zum äußersten zu bekämpfenden Verdrängung der Kirche aus der Schule fordern wir die Freiheit, überall kirchliche Schulen zu gründen, die aus den Mitteln des Staates und der Gemeinden ebenso zu unterstützen sind wie die übrigen Schulen.

Der Vorstand.

Dr. Piontek. Felix Wolff. Heilig. Schroeter.

Die Bewegung gegen Franz v. Sickingen, 3 1/2 Jahre alt, als Soldat zu nehmen ist zurück. Frau Behnke. Abgabe um 10004 an d. Kösl. 3tg.

Fahrräder Nähmaschinen

Grammophon Sitar, Handharmonika, Geigen Musikinstrumente aller Art, sowie Auto- u. Fahrradschlächte werden aufs sauberste und genaueste repariert.

Dr. Post

Mühlentorstr. 10, Laden.

Karbid

in größeren Mengen vorrätig. Pfd. 80 Pfg.

Für größere Bezüge gebe in ganzen Trommeln ab.

Paul Klein

Neuetorstr. 45.

Nach 7jähriger Assistententätigkeit an der orthopädischen Heilanstalt des Herrn Professor Vulpinus und am anatom. Institut in Heidelberg, bei Herrn Professor Weintraud in Wiesbaden, zuletzt an der Chirurg. Universitäts-Klinik in Kiel, habe ich mich als

Facharzt für Chirurgie und Orthopädie in Stellung niedergelassen.

Dr. Rudolf Selig,

Spezialbehandlung für Knochen- und Gelenkleiden. Sprechstunden 11-12, 2-5 Uhr. Bismarkstr. 14, Telefon 3363.

Trockenes Kiefernholz

habe ich einen größeren Posten ab Kleinbahnstation Köslin zur prompt. Verladung abzugeben. Alster-Leon, Polzin.

Strohühle

zum Umpressen, Waschen und Färben werden angenommen. Große moderne Formenauswahl. Verlad jeden Dienstag.

Sella Sommerfeld

Neuetorstraße 38.

Fleischwaren zum Rändern

nimmt an C. Dahms, Hohetorstraße 15.

Grade und runde

Rinderdärme

empfiehlt C. Dahms, Hohetorstraße.

Spinnräder

hat laufend abzugeben Herrn. Salge, Stefflin-Grünhof, Fabrik für Holzbearbeitung, Langestr. 54.

Eheglück!

Ich habe ein Buch für Sie „Der moderne Weg zur Ehe“. Ueber 200 Muster wirksamer Heiratsannoncen, von einem Praktiker, gerade für Sie passend; sofort versuchen!

Das Buch lehrt, ob und wie man auf Anträgen schreiben soll, wie man selbst Angebote abfaßt; es führte schon viele zum Glück, bewahrte vor Schwindlern und Ausnützung. Alles Wissenswerte über Liebes- und Eheleben. Preis Mk. 2,65 portofrei.

Rudolph-Verlag

Dresden E. 508.

Deutsche demokratische Partei.

Öffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr bei Zels.

Herr Rechtsanwalt Dr. Berndt aus Stettin, Kandidat der Deutschen demokratischen Partei für die preussische Landesversammlung, spricht über:

Das neue Deutschland.

Alle wahlberechtigten Männer und Frauen aus Stadt und Land sind herzlich eingeladen.

Demokratischer Verein Köslin.

H. Kasten, Vorsitzender.

Deutsche demokratische Partei.

Wo Stimmzettel fehlen, genügen Zettel von mindestens 9x12 cm Größe mit dem einen Namen

Gothein.

Deutsche demokratische Partei.

Öffentliche

Frauenversammlung

Mitte nächster Woche,

in der der Unterzeichnete über das Thema: „Die Schule mit Religion“ sprechen wird.

Männern kann aus Raumrückichten kein Zutritt gewährt werden; doch ist Herr Dr. Piontek freundlichst geladen. (Ort und Stunde später.)

Im Namen

evangelischer Bürger und Lehrer Köslins

Baacke.

Deutsche Volkspartei.

Öffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr bei Lüdthe.

Redner: Herr Dr. Sievers-Stolp, Syndikus der Handelskammer des Regierungsbezirks Köslin, Kandidat für die Deutsche Nationalversammlung.

Alle wahlberechtigten Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Nationalliberaler Verein Köslin.

Sachse, Justizrat. Hübner, Steuerinspektor. Reinsfeld, Bauernhofbesitzer. Schäfer, Fabrikbesitzer.

Deutschnationale Volkspartei.

Am Donnerstag, den 16. Januar, abends 7 Uhr in Roggow bei Gastwirt Zels

Öffentliche Versammlung.

Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.

Dr. Zubke, Vorsitzender.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Freitag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr bei Zels (Festsaal Grünstr.)

Öffentliche Versammlung.

Es sprechen Pastor Elgeti-Janow und Generalsekretär Thomas-Stettin.

Frauen und Männer aus Stadt und Land Köslin sind herzlich eingeladen.

Der Deutsch-nationale Volksverein Köslin

Dr. Zubke, Vorsitzender.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Mitgliederversammlung

Freitag, den 17. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Burggrafen, Junkerstr. 22.

Der Vorstand.

Berein selbständiger Gewerbetreibender

(Handwerker).

Freitag, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr

Versammlung

im Restaurant Nowak.

Wer erteilt einigen jungen Leuten in den Abendstunden

Tanzunterricht?

Angeb. um 2854 an d. Geschäftsstelle d. Kösl. 3tg.

Anzeiger für Pollnow.

Öffentliche Wählerversammlung.

Sonnabend, den 18. Januar, nachmittags 5 Uhr, spricht Herr Rechtsanwalt Manzke

über die Wahlen zur Nationalversammlung. Jeder, der nicht bloß zuzuhören, sondern ehrlich am Wiederaufbau des deutschen Reiches mitarbeiten will, ist eingeladen.

Deutschnationale Volkspartei.

Turnverein Köslin e. S.

gegr. 1861.

Die ordentliche

Hauptversammlung

findet Donnerstag, den 23. Januar abends 8 1/2 Uhr in der Vereinslokale (Zels Festsaal) statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht, Verwaltungs-, Turn- und Kassabehalt.
2. Rechnungslegung.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes, des Ehrenrats und der Ausschüsse
4. Geldebeiträge.
5. Eingelaufene Anträge (§ 15 des Grundgesetzes).
6. Verschiedenes.

Frauenabteilung

Dienstag, den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr in der Mädchen-turnhalle

Hauptversammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
 2. Neuwahl des Abteilungsvorstandes.
 3. Anträge und Verschiedenes.
- Hierzu laden wir unsere Mitglieder ein.

Der Vorstand.

Professor Dr. Kottländer, 2. Vorsitzender.

Turnverein Köslin e. S.

Am 15. und 18. d. Mts. fallen die Turnstunden aus.

Der 1. Turnwart.

Allen denen, die unsere liebe gute Mutter zur letzten Ruhe begleitet haben und für die reichlichen Kranzspenden sagen wir unsern innigsten Dank.

Witwe Ida Knop geb. Gehrke nebst Angehörigen.

Köslin, d. 15. 1. 1919.

Heute früh 12 1/2 Uhr entriß uns der Tod unser liebes, kleines

Lottchen

im garten Alter von 2 Monaten.

In tiefem Schmerz Hugo Beulke und Frau Antonie geb. Jäckel und alle Anverwandte.

Köslin, 15. Januar 1919.

Anzeiger für Janow.

Bekanntmachung.

Dem Kreisauschuß ist wieder Eshioff zur Verteilung überwiesen. Die Ortsbehörden erliche ich, Anträge auf Zuwendung unter Angabe der Personenzahl des betreffenden Haushalts entgegenzunehmen und gesammelt bis zum 15. d. Mts. den Kreisauschuß einzureichen.

Schlawa, den 2. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreis-

auschusses von Scheliga.

Veröffentlicht!

Janow, den 10. Januar 1919.

Wir sind bereit, Anträge entgegenzunehmen.

Der Magistrat.

Ein Gehrodanzug

für mittlere Figur zu verkaufen Breitestr. 25.